

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

8. Februar 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

Kämpfe, Luftangriffe und Säuberungsaktionen der Armee gab es in den vergangenen Wochen in Helmand, Zabul, Uruzgan (Süden), Maidan Wardak (Zentrum), Sar-I-Pul (Norden), Baghlan (Nordosten), Nangarhar, Kunar (Osten), Paktika und Paktia (Südosten).

Gezielte Anschläge und Übergriffe

Auch in den vergangenen Wochen verübten Aufständische Anschläge. Ziele waren Repräsentanten der Regierung oder Sicherheitskräfte. Bei vielen Anschlägen kamen auch unbeteiligte Zivilisten zu Schaden. So starben am 08.02.16 drei afghanische Soldaten bei einem Selbstmordanschlag auf einen Armeebus in der nördlichen Provinz Balkh, 18 weitere Soldaten wurden verletzt. In Nangarhar (Osten) wurde ein Wächter des Präsidentenpalastes getötet.

Am 07.02.15 starb bei einem Anschlag in Sar-i-Pul (Norden) ein Mensch, vier weitere wurden verletzt. In Kunar (Osten) wurden die Leichen von drei Mitgliedern eines Impfteams aufgefunden. Die medizinischen Helfer waren zuvor entführt worden. In Logar (Zentrum) wurden vier Richter und vier Zivilisten bei einem Bombenanschlag verletzt.

Am 04.02.16 wurden in Baghlan (Nordosten) vier Radiojournalisten angeschossen. Ebenfalls am 04.02.16 wurden in Nangarhar (Osten) 16 Zivilisten bei einem Anschlag verletzt.

Am 02.02.14 wurden in Badghis (Westen) vier Polizisten in einer sog. „Insider-Attacke“ von ihren Kollegen erschossen. Ebenfalls am 02.02.16 wurde ein Zehnjähriger von Taliban gezielt mit zwei Kopfschüssen getötet. Zuvor war der Junge als Kriegsheld gefeiert worden, da er in einer Miliz gegen die Taliban in Uruzgan (Süden) gekämpft habe.

Am 01.02.15 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf eine Polizeistation in Kabul 20 Zivilisten getötet und 29 verletzt.

Irak

Opferzahlen

Im Januar 2016 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.195 Zivilpersonen getötet.

Im Januar 2016 gab es nach Angaben der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) 490 zivile Todesopfer und 1.157 Verletzte. Weiterhin wurden 359 Mitglieder der irakischen Armee, Peshmerga-Kämpfer und andere Verbündete (ohne Opferzahlen der Anbar-Operationen) getötet und 293 verletzt.

Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad mit zivilen Opfern 1.084 (299 Tote, 785 Verletzte). In der Provinz Diyala gab es 61 Tote und 79 Verletzte, in der Provinz Ninive 55 Tote und 24 Verletzte, in der Provinz Kirkuk zwölf Tote und drei Verletzte und in der Provinz Salahaddin zwei Tote und 14 Verletzte.

Im Zeitraum vom 01.-30.01.16 wurden 56 Menschen nach Angaben des Health Directorate in Anbar getötet und 248 verletzt.

UNAMI weist darauf hin, dass es sich um Mindestangaben handelt, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Selbstmordanschlag in Ramadi

Bei einem Selbstmordanschlag an einem Armeestandort im Norden der Stadt Ramadi (Provinz Anbar) wurden am 02.02.16 mindestens 18 Militärangehörige getötet. Zu dem Anschlag bekannte sich bisher niemand. Das irakische Militär macht den IS für den Anschlag verantwortlich.

Massengrab in Ramadi entdeckt

In der vom IS befreiten Stadt Ramadi haben die irakischen Behörden Ende Januar 2016 ein Massengrab mit mindestens 40 Leichen entdeckt. Unter den Opfern seien auch Kinder gewesen. Viele Bewohner können bisher aufgrund der großen Zerstörungen und zahlreicher Sprengfallen noch nicht in die Stadt zurückkehren.

Mauer zum Schutz von Bagdad

Laut Pressemeldung vom 04.02.16 haben irakische Sicherheitskräfte mit dem Bau einer drei Meter hohen Betonmauer sowie eines zwei Meter tiefen Grabens um Bagdad begonnen, um das Eindringen von Terroristen und Anschläge zu verhindern.

Weniger IS-Kämpfer

Die USA gehen derzeit von 19.000 bis 25.000 Kämpfern des IS in Syrien und Irak aus. Vorherige Schätzungen waren von bis zu 31.000 Kämpfern ausgegangen. Die USA führen dies u.a. auf militärische Erfolge zurück. Es wurden jedoch keine Angaben zu IS-Kämpfern in anderen Ländern, wie z.B. Libyen, gemacht.

Ankündigung eines Unabhängigkeitsreferendums

Der Präsident der Region Kurdistan in Irak, Masoud Barzani, hat am 02.02.16 in einem Statement eine Abstimmung über die Unabhängigkeit der Region Kurdistan angekündigt. Angaben Barzanis Büro zufolge würde die Abstimmung aber „nicht zwangsläufig sofort zur Ausrufung eines Staats führen“. Es gehe darum, den Willen der Menschen bzgl. ihrer Zukunft in Erfahrung zu bringen.

Jemen/Saudi-Arabien

Zwei Personen aus Saudi-Arabien durch Beschuss/Geschosse aus dem Jemen getötet

Im Süden Saudi-Arabiens wurden zwei Menschen, ein Soldat und ein Zivilist, durch Geschosse aus dem Jemen getötet. Am Morgen des 06.02.16 wurde eine saudi-arabische Grenzpatrouille in der Region Assir beschossen, am Abend schlug ein Geschoss in der südlichen Stadt Najran ein. Seit dem Eingreifen des sunnitischen Königreichs in den Konflikt zwischen den Houthis-Rebellen und der jemenitischen Regierung im Frühjahr 2015 kamen im Grenzgebiet Saudi-Arabiens mehr als 90 Personen durch Geschosse aus dem Jemen ums Leben. Nach Angaben der UNO starben in dem Konflikt im Jemen bereits mehr als 6.100 Menschen, fast die Hälfte davon Zivilisten.

Syrien

Genfer Friedensgespräche unterbrochen

Am 03.02.16 verkündete der UN-Syrienbeauftragte Staffan de Mistura eine vorübergehende Unterbrechung der Genfer Friedensgespräche für Syrien bis zum 25.02.16. Für die Vereinten Nationen und für die Konfliktparteien stehe noch Arbeit an. De Mistura hatte seit 29.01.16 in getrennten Treffen mit Vertretern der syrischen Regierung und ihren Gegnern versucht, die indirekten Verhandlungen zur Beendigung des syrischen Bürgerkriegs zum Laufen zu bringen. Grundlage der Gespräche ist die Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats vom 18.12.15. Sie sieht einen mehrstufigen Zeitplan zur Beendigung des Konflikts vor, an dessen Ende eine Übergangsregierung stehen soll.

Angriffe der Regierungstruppen auf Aleppo und weitere Ziele

Am 04.02.16 verkündeten Feldkommandeure der Freien Syrischen Armee (FSA) und anderer Rebellengruppen aus Orten nördlich von Aleppo, sich unter einem einheitlichen Militärkommando zusammenschließen als Antwort auf Angriffe der syrischen Regierungstruppen, unterstützt von der libanesischen Schiiten-Miliz Hizbollah, Offizieren der iranischen Revolutionsgarden, Söldnern aus dem Irak

und Afghanistan sowie russischen Luftangriffen. Durch die Luftangriffe wurden seit dem 03.02.16 die einzig verbliebene Versorgungsrouten zur türkischen Grenze und der einzige Zugang für humanitäre Hilfe gekappt. Das syrische Regime versucht, Aleppo einzukesseln, die wichtigste von Rebellen kontrollierte Großstadt. In den Rebellenvierteln sollen sich noch 350.000 Menschen aufhalten. Auch an anderen Fronten geht das syrische Regime mit russischer Luftunterstützung erstmals seit mehr als einem Jahr wieder in die Offensive. In der Provinz Latakia schlug es die Rebellen zurück und rückt weiter auf die Provinz Idlib vor, die die Oppositionsgruppen im Frühjahr 2015 erobert hatten. Im Süden nahmen die Regierungstruppen Ataman ein, einen strategisch wichtigen Ort nahe der Stadt Daraa. Im Westen belagern sie ein von Aufständischen gehaltenes Gebiet nördlich von Homs, das die Straße nach Hama versperrt und damit den direkten Weg von Damaskus nach Aleppo.

Geberkonferenz verspricht neun Milliarden Euro für Syrienhilfe

Bei der Geberkonferenz in London gingen am 04.02.16 Zusagen über mehr als zehn Milliarden US-Dollar (neun Milliarden Euro) von Delegierten aus mehr als 70 Ländern ein. Es wurde über konkrete Initiativen beraten, mehr Schulen und Ausbildungsplätze für die Flüchtlinge, aber auch die einheimische Bevölkerung der regionalen Aufnahmestaaten Türkei, Libanon, Jordanien und Ägypten. Zudem soll humanitäre Hilfe die hungernden und frierenden Menschen auf der Flucht erreichen.

Syrien/Türkei

Zehntausende syrische Flüchtlinge an türkischer Grenze

Die Angriffe der syrischen Armee auf Aleppo und Umgebung führten dazu, dass Zehntausende aus der Stadt, die nur ca. 60 km von der türkischen Grenze entfernt liegt, flohen. Zwischen 30.000 und 50.000 syrische Flüchtlinge warten auf der syrischen Seite der Grenze zur Türkei, vor allem im Grenzort Bab al-Salama im syrischen Bezirk Asas, auf ihre Einreise in die Türkei. Der türkische Grenzübergang Öncüpınar blieb jedoch geschlossen. Nach Angaben der Organisation Ärzte ohne Grenzen fehle es im ganzen Bezirk an Unterkünften, sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen. Sollte Aleppo von Regierungskräften eingenommen werden, rechnet die Türkei mit mehr als einer Million zusätzlicher Flüchtlinge.

Ägypten

Todesurteile gegen Islamisten aufgehoben.

Ein Berufungsgericht hob Todesurteile gegen 149 Muslimbrüder auf und ordnete ein Wiederaufnahmeverfahren an. Die Verurteilten waren im Februar 2015 in einem Massenprozess schuldig gesprochen worden, nach dem Sturz von Präsident Mursi im Sommer 2013 eine Polizeistation in einer Ortschaft nahe Kairo überfallen und elf Polizisten sowie zwei Zivilisten getötet zu haben.

Haftstrafe gegen Aktivisten bestätigt

Ein Gericht in Kairo bestätigte Haftstrafen von je zwei Jahren für fünf Aktivisten, die im Dezember 2015 wegen illegalen Protests verurteilt worden waren. Die Betroffenen hatten im November 2015 im Rahmen einer Demonstration von etwa 30 Personen der Menschen gedacht hatten, die nach dem Sturz von Präsident Mursi getötet worden waren. Unter den Verurteilten befindet sich auch ein ägyptischer Arzt, der in der Vergangenheit als Gastarzt am Universitätsklinikum in Frankfurt am Main tätig gewesen war.

Italienischer Student ermordet

Am 03.02.16 wurde in Kairo die Leiche des seit dem 25.01.16 verschwundenen italienischen Studenten Giulio Regeni gefunden. Gerichtsmediziner stellten Verletzungen fest, die auf Folter hindeuten. Der 28-jährige Doktorand der Universität Cambridge, der als freier Mitarbeiter für die Internetseite einer italienischen Tageszeitung tätig gewesen war, hatte in seinen Internetbeiträgen die ägyptische Regierung kritisiert. Die italienische Regierung äußerte ihre Empörung über den Tod Regenis. Wirtschaftsministerin Guidi und eine Wirtschaftsdelegation brachen einen Besuch in Ägypten vorzeitig ab. Das italienische Außenministerium bestellte den ägyptischen Botschafter in Italien ein. Noch ist unklar, ob Regeni einem Verbrechen zum Opfer fiel oder von der Staatssicherheit verschleppt wurde.

Algerien

Geheimdienst aufgelöst

Algeriens Präsident Bouteflika ordnete am 24.01.16 die Auflösung des armeenahen Geheimdienstes DRS (Département du Renseignement et de la Sécurité) an. Dieser soll künftig durch ein Direktorat für Sicherheitsfragen unter Kontrolle des Präsidialamtes ersetzt werden. Die Leitung übernimmt General Tartag. Damit wird dem algerischen Verteidigungsministerium künftig die Kontrolle über den neuen Nachrichtendienst entzogen.

Parlament beschließt Verfassungsreform

Am 07.02.16 stimmte das Parlament einer Verfassungsreform zu. Die neue Verfassung begrenzt die Amtszeit des Präsidenten wieder auf maximal zwei fünfjährige Wahlperioden. Diese Regelung wurde 2008 aufgehoben, um Präsident Bouteflika eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Der Ministerpräsident soll künftig von den Abgeordneten gewählt werden. Eine unabhängige Wahlaufsichtsbehörde soll eingerichtet und die Sprache der berberischen Minderheit Tamazight offiziell anerkannt werden. Zudem werden Versammlungs- und Pressefreiheit garantiert. Die Opposition kritisierte die Verfassungsänderungen als Scheinreformen, mehrere Oppositionsparteien boykottierten die Abstimmung.

Sudan

Humanitäre Lage in Darfur katastrophal

Die UN-Koordinatorin für humanitäre Angelegenheiten, Marta Ruedas, bezeichnete die humanitäre Situation in Darfur als schrecklich. Nach heftigen Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Rebellen der Sudanese Liberation Army unter Abdel Wahid (SLA-AW) im Januar 2016 in der schwerzugänglichen Bergregion Dschebel Marra in den Bundesstaaten Zentral-, Nord- und Süddarfur, sollen mindestens rund 38.000 Menschen nach Norddarfur und 50.000 nach Zentraldarfur geflohen sein. Es handele sich um die größte Fluchtbewegung in Darfur in den letzten zehn Jahren. Da die UN-Organisationen keinen Zugang zu der Region hätten, seien genauere Angaben zur Zahl der Vertriebenen nicht möglich.

Südsudan

Weltweit größte humanitäre Katastrophe in Südsudan

Der seit Dezember 2013 andauernde Bürgerkrieg in Südsudan führt nach Angaben der UN zur gegenwärtig größten humanitären Katastrophe auf der Welt. Ein vertraulicher Bericht des für Sanktionen zuständigen Gremiums der UN fordert den Sicherheitsrat auf, ein sofortiges Waffenembargo für Südsudan zu verhängen. Für die Spitzenpolitiker des Landes sollten internationale Reiseverbote verhängt und die Vermögenswerte eingefroren werden. Nach dem Bericht hätten Präsident Salva Kiir und Rebellenführer Riek Machar, der ehemalige Vizepräsident Südsudans, ihre Streitkräfte vollständig unter Kontrolle und seien direkt verantwortlich für die Ermordung von Zivilisten. Der Bericht wird mit der Aussage zitiert: „Es gibt klare und überzeugende Beweise, dass die meisten während des Krieges begangenen Gewalttaten einschließlich der Angriffe auf Zivilisten ... auf der höchsten Ebene von Regierung und Opposition angeordnet wurden.“

Somalia

Mogadischu setzt Flüge nach Somaliland aus

Der Leiter der Einwanderungsbehörde in Mogadischu soll einem Medienbericht zufolge am 01.02.16 alle Fluglinien angewiesen haben, sämtliche Inlandsflüge zwischen Mogadischu und Hargeisa ab dem 22.02.16 vorläufig auszusetzen. Grund sei eine Erklärung des somaliländischen Innenministers, alle Somalier und andere Ausländer ohne Visum oder Arbeitserlaubnis auszuweisen.

Zivile Opfer bei Angriff auf Präsidentenpalast

Bei einem Granatenangriff, der anscheinend dem Präsidentenpalast in Mogadischu galt, kam am 01.02.16 ein Kind ums Leben, als Geschosse in einem Haus in der Nachbarschaft einschlugen. Mehrere andere wurden verletzt. Für den Angriff wird die al-Shabaab verantwortlich gemacht.

Bombenanschlag auf Flugzeug

Bei einer Explosion an Bord eines Airbus der Fluglinie Daallo Airlines am 02.02.16 kurz nach dem Start in Mogadischu handelte es sich um einen Selbstmordanschlag. Der Täter, der wahrscheinlich einen in einem Laptop versteckten Sprengkörper zur Detonation gebracht hatte, wurde durch das entstandene Loch im Rumpf aus der Maschine geschleudert. Von den 74 Passagieren wurden nur zwei verletzt. Der Pilot konnte in Mogadischu notlanden. Mehrere Beschäftigte des Sicherheitspersonals des Flughafens in Mogadischu wurden festgenommen. Ob der Täter Verbindungen zur al-Shabaab hatte, ist nicht bekannt.

Al-Shabaab nimmt kurzzeitig Merka ein

Kämpfer der al-Shabaab übernahmen am 05.02.16 die Kontrolle über die südsomalische Hafenstadt Merka (Region Lower Shabelle, ca. 90 km von Mogadischu entfernt). Die Einnahme soll kampfflos erfolgt sein, nachdem die dortigen Einheiten der AMISOM sich zurückgezogen hatten. Bereits am 06.02.16 eroberten somalische Armee und AMISOM die Stadt zurück. Die al-Shabaab-Kämpfer sollen nach einem kurzen Schusswechsel geflohen sein. Merka steht seit 2012 unter Kontrolle von Regierungstruppen und AMISOM.

Côte d'Ivoire

Ex-Präsident in Den Haag vor Gericht

Vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag hat am 28.01.16 der Prozess gegen den ehemaligen ivoirischen Präsidenten, Laurent Gbagbo, begonnen. Der 70-Jährige plädierte nach Verlesung der Anklageschrift auf nicht schuldig. Auch Gbagbos Mitangeklagter, sein ehemaliger Milizenchef und Jugendminister, Charles Blé Goudé, erklärte sich für unschuldig. Ihnen werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl 2010 zur Last gelegt. Gbagbo befindet sich seit November 2011 im Gewahrsam des Haager Gerichts. Goudé war im Januar 2013 in Ghana festgenommen und anschließend ausgeliefert worden.

Gbagbo hatte 2010 die Präsidentschaftswahl verloren, sich aber geweigert, für seinen Widersacher, den heutigen Präsidenten Alassane Ouattara, Platz zu machen. Bei dem bis April 2011 dauernden Konflikt waren rund 3.000 Menschen getötet worden. Vor dem Gerichtsgebäude forderten hunderte Unterstützer die Freilassung der beiden Angeklagten und beschuldigten das Gericht der Parteilichkeit, weil er nicht gegen das Lager von Ouattara ermittelt. Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden von beiden Lagern Verbrechen verübt.

Nigeria

Anschläge der Boko Haram in Nordnigeria

Am Abend des 30.01.16 griffen Kämpfer der islamistischen Terrororganisation Boko Haram in mehreren Fahrzeugen das etwa fünf bis zehn Kilometer östlich von Maiduguri, Hauptstadt des Bundesstaates Borno, entfernt gelegene Dorf Dolori an. Zudem sprengte sich ein Selbstmordattentäter zwischen den flüchtenden Dorfbewohnern in die Luft. Laut Angaben der Katastrophenschutzbehörde NEMA wurden bei dem mehrere Stunden dauernden Angriff 65 Bewohner getötet und 136 verletzt. Ein Großteil der Gebäude des Dorfes wurde in Brand gesetzt.

Am 29.01.16 sprengte sich ein männlicher Teenager mittags im nordöstlichen Bundesstaat Adamawa auf dem Markt der Stadt Gombi, Verwaltungssitz der gleichnamigen Local Government Area, in die Luft. Mindestens zehn Menschen wurden bei dem Anschlag getötet.

Am 27.01.16 zündeten im Bundesstaat Borno auf dem Markt der Stadt Chibok, Verwaltungssitz der Chibok Local Government Area, zwei Selbstmordattentäterinnen ihre Sprengsätze. Bei dem Anschlag wurden mindestens 14 Menschen getötet und weitere 24 schwer verletzt. Der Anschlag erfolgte am ersten Tag der Wiedereröffnung des Marktes, der seit der im April 2014 in Chibok erfolgten Entführung von über 200 Schulkinder durch die islamistische Terrororganisation Boko Haram geschlossen war.

Kamerun

Anschlag auf Unterkunft von nigerianischen Flüchtlingen

Am 28.01.16 zündeten zwei mutmaßlich der Terrororganisation Boko Haram angehörende Selbstmordattentäterinnen Sprengsätze vor einer Schule der an der Grenze zu Nigeria befindlichen Stadt Kerawa, Region Extrême-Nord. In der Schule sind vor der Boko Haram geflüchtete Nigerianer untergebracht. Bei dem Anschlag wurden die beiden Attentäterinnen sowie vier weitere Personen getötet.

Über 30 Tote bei Selbstmordanschlägen in Bodo

Am 25.01.16 zündeten vier mutmaßlich der Terrororganisation Boko Haram angehörende Selbstmordattentäter(innen) auf dem Markt und an den Zugängen zu der an der Grenze zu Nigeria gelegenen Stadt Bodo, Region Extrême-Nord, Sprengsätze. Hierbei wurden erstmals in Getreidesäcken versteckte Sprengkörper eingesetzt und nicht wie bisher am Körper getragene Sprengstoffgürtel. Bei den Anschlägen starben über 30 Menschen, mehr als 60 wurden verletzt.

DR Kongo

Kämpfe zwischen FDLR und Nande-Miliz

Laut Angaben von Edgar Mateso, dem Vertreter einer regionalen Bürgerrechtsorganisation, überfielen am 07.02.16 im Ostkongo Hutu-Rebellen der FDLR (Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas) ein Lager der Bürgermiliz UPDI (Verteidigung der Unschuldigen) der Volksgruppe der Nande. Hierbei seien 25 FDLR-Rebellen und vier UPDI-Mitglieder getötet worden.

Wiederaufnahme der militärischen Zusammenarbeit zwischen MONUSCO und Armee

Am 28.01.16 schlossen die kongolesische Regierung und die im Kongo stationierte UN Friedensmission MONUSCO ein Abkommen über die Wiederaufnahme der militärischen Zusammenarbeit. So wird die MONUSCO die kongolesische Armee künftig bei deren Militäroperationen gegen die vielen im Ostkongo noch immer aktiven bewaffneten Gruppen, insbesondere die ruandische Hutu-Rebellenorganisation FDLR sowie die aus Uganda stammende islamistische Gruppe ADF, unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen Armee und MONUSCO war im Februar 2015 seitens der MONUSCO eingestellt worden, da der für die Bekämpfung der Rebellen im Ostkongo zuständige kongolesische General in der Vergangenheit für Kriegsverbrechen verantwortlich gewesen sei.

Zentralafrikanische Republik

Parlamentswahlen annulliert

Das Verfassungsgericht erklärte am 25.01.16 die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 30.12.15 wegen zahlreicher Unregelmäßigkeiten für ungültig. Die Wahlen sollen am 14.02.16 wiederholt werden. Die Präsidentenwahlen vom 25.01.16 sind von der Entscheidung nicht betroffen. Da in deren erster Runde kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erzielte, sollen ebenfalls am 14.02.16 Stichwahlen stattfinden.

Sexuelle Übergriffe von UN-Truppen

Die UN-Friedensmission MINUSCA bestätigte am 04.02.16 Vorwürfe gegenüber UN-Soldaten aus der Republik Kongo und der Demokratischen Republik Kongo, für sexuelle Übergriffe auf mehrere Frauen und Mädchen in der Stadt Bambari zwischen Oktober und Dezember 2015 verantwortlich zu sein. 120 UN-Soldaten aus der Republik Kongo sollen deswegen bis auf Weiteres in ihren Kasernen bleiben und nach Ermittlungen in ihre Heimat zurückkehren. Seit 2015 waren mehrfach ähnliche Vorwürfe u.a. gegen französische UN-Soldaten erhoben worden.

Tschad

Selbstmordanschläge

Bei zwei Selbstmordanschlägen der Boko Haram im tschadischen Guié sowie in Miterine am Tsachadsee wurden am 31.01.16 mindestens fünf Menschen getötet sowie rund 60 weitere verletzt.

Albanien

Justizreform

Im Zuge der weiteren EU-Annäherung soll bis Mitte des Jahres die Justiz reformiert werden. Dabei sollen fünf Verfassungsartikel und 70 weitere Gesetze geändert werden. Ein Hoher Justizrat soll den politischen Einfluss der Richter beschränken. Auch die Obergerichte und das Verfassungsgericht bekommen neue Befugnisse. Der Generalstaatsanwalt soll sich mehr auf Korruptionsbekämpfung konzentrieren. Die Rolle des Staatspräsidenten bei Ernennungen soll geändert werden.

Das Gesetzespaket wird mithilfe der EU, der USA und des Europarats erarbeitet. Die Justizreform soll ein Mittel gegen die weitverbreitete Korruption sein, die in Albanien – besonders in der Justiz - in sehr hoher Intensität auftritt. Laut Transparency International erreichte Albanien in der Wertung für das Jahr 2015 nur 36 von 100 möglichen Punkten und liegt damit auf Platz 88 von 167. Albanien beantragte im April 2009 die Aufnahme in die EU. Im Juni 2014 erfolgte die Verleihung des EU Kandidatenstatus.

Freiwillige Rückkehr

Immer mehr Albaner - derzeit rund hundert täglich - kehren freiwillig über den Frankfurter Flughafen in ihre Heimat zurück, auch um ein Wiedereinreiseverbot zu vermeiden, das mit einer zwangsweisen Rückführung verknüpft ist. Im Jahr 2015 haben über 50.000 Personen aus Albanien Asyl in Deutschland beantragt. Im Oktober 2015 wurde es als sicheres Herkunftsland eingestuft.

Moldau

Massenproteste gegen die Regierung

Wegen der Ernennung des neuen Regierungschefs Pawel Filip am 20.01.16 kommt es immer wieder zu teils gewalttätigen Protesten in der Hauptstadt Chişinău. Sowohl pro-europäische als auch pro-russische Demonstranten fordern Neuwahlen.

Seit Monaten befindet sich das Land in einer politischen Krise und wird von Protesten erschüttert. Nach einem Korruptionsskandal im April 2015 (sog. „Jahrhundertdiebstahl“) war die pro-europäische Regierung im Oktober 2015 durch ein Misstrauensvotum gestürzt und der frühere Regierungschef Vlad Filat festgenommen worden. Moldau gilt als das Armenhaus Europas. Oligarchische Machtstrukturen, Korruption und Rechtsunsicherheit sind weit verbreitet, die politische Landschaft ist gespalten in ein pro-russisches und ein pro-westliches Lager. Das Land unterzeichnete am 2014 - unter Protest Russlands - ein Assoziierungsabkommen mit der EU.

Indien

Sieben Tote bei Angriff mutmaßlicher Maoisten

Bei einem Angriff mutmaßlich maoistischer Rebellen auf einen Polizeikonvoi im Osten Indiens sind am 27.01.16 sieben Menschen getötet worden. Die Angreifer hatten in einem Wald im Bundesstaat Jharkhand eine Mine gezündet und dann das Feuer auf die Polizisten eröffnet.

Die Sicherheitskräfte befanden sich im Einsatz gegen die Maoisten, die seit Jahrzehnten in Jharkhand und anderen Bundesstaaten im Zentrum und Osten des Landes gegen den Staat kämpfen. Die Aufständischen kämpfen nach eigener Darstellung für die Rechte von Bauern und armen Minderheiten. Dem Konflikt, der von der Regierung als größte interne Bedrohung beschrieben worden ist, sind bereits Tausende von Menschen zum Opfer gefallen.

Vietnam

Parteitag bestätigt Generalsekretär Trong im Amt

Anlässlich des Zwölften Parteitags der Kommunistischen Partei vom 21. bis 28.01.16 in Hanoi wurde eine neue Parteiführung bestimmt. Das Zentralkomitee der Partei wurde gewählt, welches wiederum das die Richtlinien der Politik bestimmende Politbüro wählte und den amtierenden Generalsekretär der Partei Nguyen Phu Trong im Amt bestätigte. Dessen Rivale, Premierminister Nguyen Tan Dung, konnte sich nicht durchsetzen; nach seiner zweiten Amtsperiode muss er nun abtreten.